

# SOZIALDEMOKRATISCHES ORGAN

**Erst erscheint täglich**  
samstags mit Beilage  
für Halle und Saalkreis.

**Bezugspreis**  
monatlich 60 Pf. frei im Saale,  
durch die Post vierteljährlich  
1.00 Mark ohne Beilage.

**„Die Neue Welt“**  
(Unterhaltungsbeilage),  
monatlich 10 Pfennig.

**Schriftleitung:**  
Halle 49 43, Fernsprecher 399  
Sprechstunden: mittwochs von  
12-1 Uhr mittags.

**Anzeigen**  
für die 25. Jahrg. Nummer  
müssen spätestens bis  
mittags 9 Uhr in der Ge-  
schäftsstelle angekommen sein.

**Kaufpreispflicht:**  
Halle 49 43, Fernsprecher 399  
Sprechstunden: mittwochs von  
12-1 Uhr mittags.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenaerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

## Sturmfrontale.

Die Preisfrage von Straßburg wirken wie ein Sturmfrontale. Sie sind aber nicht als Einzelercheinungen zu erklären, sondern sind nur als Glieder einer Kette aufzufassen, an der die gesamte deutsche Reaktion schmiedet. Nicht nur bestreift die Militarismus höchstselbst seine Diktatur über das deutsche Volk — das wäre als Einzelakt fast zu überwinden, wenn das ganze Volk dagegen aufstünde und wir bereits demokratische Gleichberechtigung hätten. Aber nein, hinter dem Militarismus stehen die gesamten Mächte der Reaktion, die jetzt Morgenluft wehtern und auf der ganzen Linie zum Angriff vorgehen. Die Kampfeslinie der Junker an den Reichstagen im sogenannten Herrenhause und der Nationalparlamentarier im Reichstage, der ein Verbot des Streikpolizeibehens und ein Zuchtstrafgesetz fordert — das alles zeigt das planmäßige Vorgehen.

Man drängt zu Entscheidungskämpfen!  
Wir denn, die Arbeiterklasse hat sie nicht zu scheuen. Im Gegenteil! Je offener und brutaler die Mächte des Rückwärts ihre wahre Gesichts zeigen, um so klarer wird die Gefahr erkannt. Für die Straßburger Artillerie müssen wir dankbar sein, denn sie zeigen ja den weichen Knieen das, was in Deutschland ist! Und eine weitere Tatsache enthüllen sie: Die Volkswirtschaften sehen jetzt, daß es wieder nur die Sozialdemokratie ist, die in grundsätzlicher Art und schärfster Weise gegen das Gewaltinstrument Militarismus ankämpft.

Das Bürgerum in seinen beiden liberalen Parteien der Sozialdemokratie, die Nationalliberalen befehligen alles, Inzuren ein wenig, aber bleiben die militärfreundliche Partei, wie Herr Bassermann schon wieder befehligt hat (siehe Politische Lebenszeitung). Und die freisinnigen riskieren nur in ihnen von der Parteileitung unabhängigen Organen einige scharfe Töne, aber als Partei werden diese „Horschtreiber“ nach wie vor dem Militarismus jeden Mann und jeden Groschen beizuliegen. Das sieht fast.

Aber gerade hier ist der Punkt, wo der Moloch sterblich ist. Nur der Reichstag diesmal keine Waffe der Ruhgebewehrung nicht aus, so wird der Militarismus noch fähiger und noch trotziger werden. So bleibt denn nur die Sozialdemokratie, die bald genug wieder die ganze Verfassungsfrage aufrollen wird.

Die Urteile von Straßburg sind ein weisses in die Lande schmetterndes Kampfsignal, Sie zeigen an, daß Recht und Gesetz, Verfassung und „Ordnung“ nur so lange existieren, als es der Keinen Elitae, die uns regiert, in den Strom geht; die Gesetze sind nur für die Kanäle da, sie sind dazu gemacht, um sie im Raum zu halten, und nur ein Narr glaubt, daß sich die herrschende Elitae auch nur eine Stunde länger nach ihnen richten wird, als es ihren Interessen entspricht. „Die Gesetzmäßigkeit löst uns!“ rief Obillon Barrot, der französische Wortführer in der Revolution. „Zum Teufel mit der Gesetzmäßigkeit!“ Die Gesetzmäßigkeit löset uns, kriecht auch jetzt das Junkertum, zum Teufel mit der Gesetzmäßigkeit! Und man ließ in der konservativen Gehepente alle Hunde los, das Klaffe und bellte nach der ersten Verurteilung Fortinners Tag und Nacht. Die höchsten Verwaltungsbeamten, der Berliner Polizeipräsident mit darunter, zeigten den Richter das Nichter, sie „stammten“ sie, wie es auf provokativ heißt; zur rechten Zeit kamen die Halbtagstelegramme des Kronprinzen an die Öffentlichkeit, und endlich war das Wort gelungen: Reuter freil, Fortinere freil hat es schon niemals so viel Freiheit in Freiheit gegeben?

Und auch auf anderen Gebieten geht die Reaktion zur Offensive vor. Im sogenannten Herrenhause erwachen die Toten und erteilen dem schwächelnden Philosophen von Hofenlinow ein kräftiges Militärreueobotium wegen seiner „Schlafpfeife“, und auf dem Gebiete des Koalitionsrechts vollends flüchtet die gesamte herrschende Klasse, die Krone, Junker und die Schutztruppen gemeinsam, gegen die arbeitenden Klassen vor. Es geht auf's Ganze! Das Barometer zeigt auf Sturm!

Die Junkerklasse weiß, was auf dem Spiele steht. In der Arme besteht sie bis zur Stunde noch das wichtigste Bollwerk ihrer Macht. Aber immer deutlicher zeigen sich Risse und Sprünge. Je mehr das Volk eine demokratische Institution wird, in die alle Schichten des Volkes eintreten, desto untragbarer wird der Widerspruch zwischen dieser demokratischen Gesamtheit und der aristokratischen Offiziersklasse, desto deutlicher zeigt sich die Wahrheit des Wortes von Friedrich

Engels, daß die allgemeine Wehrpflicht eine demokratische Einrichtung sei. Die Junker wittern mit unerbittlichem Instinkt, daß ihnen einst die Herrschaft über dieses Meer entgleiten wird, und zwar um so rascher, je schroffer die Klassengegensätze in der gesamten Gesellschaft werden und je offener der Widerspruch wird, in dem die Ausbeutungsinteressen dieser herrschenden Elitae mit den Lebensinteressen der Massen stehen. Auf diese Kämpfe präpariert sich das Junkertum, und ähnlich so, wie man in sozialistischen Kreisen Belgiens und Frankreichs die Saboteage und andere Kampfsmittel als revolutionäre Gymnastik bezeichnet, kann man die Junkerrevolte von Zabern als reaktionäre Gymnastik bezeichnen.

Nun, was kann man! Schreiten wie in das Schlachtfeld hinauf! Alles, was aus Kultur und Entweidung, Freiheit und Recht besteht, flüchtet sich in die harten Stürme des kämpfenden Proletariats. Der Militarismus hat den Samthandschuh von der gepanzerter Faust abgestreift, er hat offen das Faustrecht proklamiert. So ist's eine reinliche Scheidung. Hier gilt es, daß beim Nache zu halten.

### Ausländische Urteile.

London, 12. Januar. Die Urteilsprüche über Zabern sehen in der englischen Presse eine Reihe von durchweg sehr abschließenden Urteilen, die alle in dem mehr oder weniger klar ausgesprochenen Sinne gipfeln, daß in Deutschland immer noch der Sabel und nicht das Recht regiert.

Schließlich, 12. Januar. Wichtiglich der Zaberner Urteile schreibt die leitende britische Zeitung Daily Worker: Diese Urteile sind ein Höhepunkt in der bürgerlichen Rechtsordnung, eine schandliche Ohrfeige gegen den deutschen Reichstag, eine Herausforderung gegen die deutsche Nation. Ist der Reichstag nicht imstande, die Verhältnisse, die diesen ungeheuren Stand ermöglicht haben, zu ändern, dann hat Deutschland aufgehört ein Rechtsstaat zu sein.

Petersburg, 13. Januar. Die russische liberale Presse greift das Urteil heftig an. So schreibt der Mensch: Das Unrecht, das der Oberst v. Reuter in Zabern begangen hat, habe durch das Straßburger Urteil keine Sühne gefunden. Unter diesen Umständen könne man wohl sagen, daß das Straßburger Urteil für ein zivilisiertes Land und für ein Land der Gerechtigkeit, wie Deutschland es sein will, eine so große Schmach sei, daß es die Herren von Zabern ganz verzeihen lasse.

### Proteste gegen die Straßburger Militärjustiz.

Gegenständig einer Protestversammlung gegen den drohenden Raub des Koalitionsrechts in Mannheim beschäftigt sich der Redner, Herr Abg. Franz, vor allem mit den Urteilen der Straßburger Kriegsgericht, durch welche die Diktatur des Sabels proklamiert worden sei. In einer Resolution forderte die von 2000 Personen besetzte Versammlung Abschaffung der Militärjustiz und Ablehnung des Militärgerichts durch die Reichstagsabgeordneten, die für verfassungsmäßige Rechte eintreten. An einer zweiten Resolution wurde gegen die Verletzung des Koalitionsrechts protestiert. Es wurde beschlossen, beide Resolutionen dem Reichstage zu übermitteln.

Nach Zabern war gleichfalls eine Protestversammlung einberufen worden, die sich mit den Kriegsgerichtsurteilen beschäftigten sollte. Der nicht sehr große Saal im Restaurant Zum Schwan war überfüllt und viele Besucher fanden keinen Einlaß. Von der Aufstiegsbeobachtung wurde die beiden aus dem Straßburger Prozeß bekannten Zeugen Regierungsratmann Grohmann und Kreiskommissar Müller erklarten. Der Abg. Genelle Veitros sprach über das Thema: Militärjustiz und Volksherrschaft. Er betonte, daß die Zivilverwaltung in Zabern dadurch ihre Würde verloren habe. Der Kampf gegen die Militärjustiz könne nur durch Verweigerung aller Mittel für militärische Zwecke im Reichstage geführt werden. Das sei der einzige Weg, um den Diktatur des Militarismus zu brechen. Die Versammlung sollte dem Redner stürmischen Beifall. Eine Aufforderung des Parteisekretärs Hueber folgten, sich zu feierlicher Demonstrationen hinzugehen zu lassen, auf die Versammlung in vollster Ordnung auszuweichen. Vor dem Versammlungslokal waren gästriche Schulleute und Gendarmen postiert.

### Amerlei Meldungen.

Wird Reuter bestraft? Die Post vermeldet das Gerücht, daß der Oberst v. Reuter aufgebahrt werden sei, seinen Abschied einzurufen und beurlaubt zu sein.

Wir halten diese Nachricht für unbedingt falsch, denn es erhebt sich aus zuverlässigen, daß einer so humanitären und völkertreuen, militärisch getriebenen vorkriegslichen Persönlichkeit wie Herr v. Reuter habegebeten werden könnte, aus dem königlichen Dienst zu scheiden. Das würde doch eine unannehmliche Erklärung des Reichstags für den deutschen Völkern, zum Teil landesverräterischen Elementen im Reichstage bedeuten.

Wir halten die Vergrößerung der Post für unbegründet. Der Oberst wird sicher mit baldiger Beförderung rechnen dürfen, schon um dem Wechs zu zeigen, daß die Sozialisten in Deutschland zum unumkehrbaren Fortschritt stehen.

15 000 Militärschuldenscheine. Beim Oberst v. Reuter, dem harten Name von Zabern, sollen wie die holländische Presse melden bis jetzt über 15 000 Reichsmark eingekauft sein, neben einer Unzahl von Briefen und Karten. Der Jubel der Nationalisten und Verächter der Volkswirtschaft kennt keine Grenzen. In jedem Kriegesverweigerer wird Reuter Ehrenmitglied werden.

Die Verhöhnung der Volkswirtschaften in Zabern. Der Oberst v. Reuter hatte in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht die Behauptung aufgestellt, daß ihm die Post in Zabern zwar alle Schmacharten zufließen, bezeugen hätten, in denen der Reichshalter der Offiziere gelebt wurde, zurückgeführt. Nur diesen schweren Vorwurf der Verhöhnung der Volkswirtschaften hat die strengere Untersuchung eingeleitet worden, als deren Ergebnis nun mitgeteilt wird:

Die polizeilich eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß bei der nach vielen Stunden währenden Besichtigung der in Zabern für einzelne Offiziere einengenommenen Schmacharten tatsächlich einzelne Verbindungen mit erkennbar beabsichtigten Angaben in der Zeit des Vertriebens des Zimmerschlusses der Verhältnisse eingetreten sind. Diese Fälle sind aber im Hinblick darauf, daß viele Hunderte von Schmacharten in Zabern als unaufrichtig erkannt und zurückgenommen worden sind, als vereinzelte zu betrachten. Von den ebenfalls zahlreich eingegangenen Aufnahmeprotokollen sind nur zwei vom Personal wegen Zweifel über die Zulässigkeit eines darin enthaltenen Ausdrucks unrichtig beanstandet worden. Beide Anzeigen sind aber auf Anordnung des Volkswirtschaften ausgeschrieben worden, und zwar eine ohne jede Verurteilung, die zweite auf dem nächsten Verhörstag.

Damit ist bezeugt, daß der Oberst die Volkswirtschaften grundlos eines schweren Dienstvergehens beschuldigt hat. Der Volkswirtschaft gegenüber hat er erklärt, daß er eine so schwere Verletzung gegen das Volk in Zabern nicht habe ausführen wollen. Straflos werden die Volkswirtschaften gegen den Oberst natürlich nicht bestraft, denn das Kriegsgericht würde ihn trotzdem freisprechen.

Die Telegramme an Jagow und den Zankfänger. Das Reichspostamt hat eine Untersuchung darüber angeordnet, ob etwa durch die Indiskretion von Volkswirtschaften die Telegramme, die der General v. Beier-Flotow an Jagow und Zankfänger ausgeschrieben hatte, dem Straßburger Plärrer bekannt geworden sind.

## Geld- und Weltpolitik.

Was Paris schreibt man uns: Während der Zeit braucht werden Geld. Und an kein sollte er sich fast mehr, als an seinen lieben Geldbeutel? Nun haben die Franzosen den Russen schon 17 Milliarden Franc geliehen. Um ihnen das zu machen, daß sie nichts besseres tun können, als noch 2 1/2 Milliarden zu leihen, wird eine entsprechende Preksampanne veranstaltet. Man kann sicher sein, daß das Erdbeben, deren sich die Schwärze in Gold, hier wieder einmal zeigen gekostet wird.

Der Mann, der bei allen schmeißigen Geschäften ebenso gut ist, hat also seinen Oberbedarf extra nach Petersburg geschickt, um sich „an Ort und Stelle“ von der geldbedürftigen Bevölkerung, von dem armen Reichthum Russlands zu überzeugen. Und wie immer, wenn man sich betreiben will, bemüht der Herrgott die Mann das Gegenteil, denn es beweisen will. Denn es klappt nicht lange nicht mehr im Jurebium. Der Amerikaner hat die ersten französischen Patrioten, die da das nationale Gefühl und die Militärleistungen in Gebirgen genommen haben, mit großen Kostnahmen erfüllt. Immer noch es französische Krieg. Die drei ersten Jahre Frieden oder die Wärgen, immer waren es die französischen Kanonen und Geschetze, die französischen Instruktionen, die französische Politik, die französische Industrie, die die eintündigen Sieger waren. Und ihnen haben die Bankiers, Militärbeamten und Reutepolitiker den Balkan verordnet in eine französische reichliche Hilfe, die auszubringen und zu unterstützen, Balkan sollte eine Quelle „nationalen“ Reichthums werden.

Dann siehe da, kaum war der Krieg vorbei, folgten Affären auf Affären, und heute ist der schöne Traum in Zerkern. Kommt ich dabei die hilflose Allotriologie, mit der die „nationale“ französische Presse diesem Umstände gegenübersteht. Und doch ist die Lösung dieses „Affären“ sehr einfach. Alles, was davon, daß sehr viel Aufwänderei in den Gebirgen, den der Superiorität der französischen Waffen war — die deutsche Vangelierpresse macht es in diesen Dingen ja nicht anders — mühten es die Vorkämpfer als eine Erniedrigung empfinden, daß man ihre Siege immer in „französische“ Siege umzuwandeln suchte. Entschieden für die französischen Vorkämpfer, und der Zerkern mühte jedoch die Tatsache, daß die Entwicklung der Vorkämpfer heute erkläre nur mehr bedroht wird von Russland, das sich in den Besitz des Woporus setzen möchte und von Frankreich, das die Vorberichter im Mittelständlichen Meer beansprucht. Die Balkanvölker haben sich nicht von der Zerkern überlassen. Sie gehen nicht in die Mittelbare und unmittelbare Abhängigkeit Frankreichs und Russlands zu begeben.

Dann kam die Verurteilung des Generals Liman von Sandes, der Pamp von 50 Millionen französischer Franken an die Türkei und der dadurch ermöglichte Ankauf des englischen Treasurs. Und nun ging die Melierei zwischen der russischen und der französischen Presse los, verbunden mit verbitterten Bemerkungen für den englischen „Freund“. Die russische Presse klagte die französische Regierung an, durch die Gelbheile der Türkei den Russen zu helfen. Der Temps erwiderte darauf in probolatorischem Tone, daß Russland allein und direkt schuldhaft sei. Es müßte alle selbst handeln und nicht sich auf die französische Vorkämpfer verlassen. Einen solchen Vorwurf mühte Russland nicht einzuwenden.

Was soll aber Russland tun? Mit Deutschland Krieg führen? Daran denkt der Bar am allerersten. Preußen und Russland sind durch die „Vorkämpfer“ eng miteinander geknüpft. Es ist heute in Frankreich und in Deutschland ein Verstand, daß im Falle der russischen Bündnis für Frankreich fast wertlos sein würde. Denn es würde fast auf Wachen dauern — das

behaupten französische Generalführer — die eine altionsfähige russische Armee an die deutsche Grenze gebracht wäre. Der Angehörige des Militärs nicht sich vergebens ab, nachzuweisen, daß die Militärkommission der russischen Grenztruppen der Besetzung der russischen Mobilisierung findet. Herr Scharf's Militär vom Petersburger Reichsminister, der nicht einmal mit „Glaubwürdigkeiten“ behauptet wird, kommt nicht vor.

### Politische Uebersicht.

Salz (Saale), 13. Januar 1914.

#### Nationalliberaler Drei.

Die Nationalliberalen Württembergs hatten sich zur Verlesung ihrer Landesverlesung, die am Sonntag in Stuttgart stattfand, Wasser mann vertrieben. Er befragte in seiner Rede, das die erheblichen Einbrüche des Aufwandes jedes durch den großen Mangel an Arbeit geschah, worden seien. Man hätte den Mangel an Arbeit erwidern sollen. Von Wasser wegen sei nach einer Erklärung in den Manifest hinein getragen worden. Wassermann behauptete, daß die Nationalliberalen dem Kaiser kein Vorkommnis im Sinne des parlamentarischen Systems haben ausstellen wollen. Durch die Jahressitzung sei die Haltung seiner Partei gerichtet. Da die Meinung der höheren Instanz nicht möglich sei, wolle er über die Straßburger Urteile nicht reden. Die Vorgänge in Baden und Straßburg seien zu erklären aus dem Mandatirren der Militärbehörden und aus der pflichtmäßigen Haltung der Justizbehörden. Die den nationalliberalen Treue gegenüber die Regel am Vortage haben. Dem Oberst Neuge sei der gute Glaube, im Recht zu sein, nicht zu verkennen. Die Gegner seiner Partei hätten sich großer Verleumdungen geleistet, er wolle nun, daß Recht und Gerechtigkeit werde. Seine Partei sei in an erster Stelle der Arbeiter zu sein. Sie werde auch nicht daran, das bei den deutschen Parteiführern „unmäßige“ parlamentarische System zu erwidern. Sie fordern nur einen starken Reichstag, nicht einen starken Regierung. Die Nationalliberalen haben nicht daran, Vermissen zu führen, der eine laute Persönlichkeit und ein tüchtiger Staatsmann sei; die Politik Vermissen entsprechen durchaus den Zielen seiner Partei. — Nach bereitwilligen Ausführungen über die auswertige Politik flüchtige er vorzüglich die nationalliberale Haltung zu den anderen Parteien und transformierte die Volkspartei, die in nationalen Fragen bei der Nationalliberalen angekommen sei. Seine Partei sei keine demokratische und keine radikale, sondern eine Mittelpartei. Die Entwicklung der deutschen Politik sei nicht in der demokratischen Richtung gegangen, wie im preussischen Verordnungsbezug wurde, sondern im nationalliberalen Sinne.

Der Nationalliberalen dieses Salzes braucht es der Regierung nicht lange zu sein, und deren Gegenstand wird auch die Militärkommission immer oben haben. Man wird sich natürlich hüten müssen, bei einem Vorkommnis gegen die Regierung die Zustimmung der Nationalliberalen zu haben; durch deren Zustimmung kann ein solches Vorkommnis nur bestärkt und fester gemacht werden. Wassermann gegenüber scheint der Oberst v. Neuge, der am Sonntag dem Oberst Neuge telegraphisch für seinen tüchtigen Mannesmann, mit dem er in kritischen Tagen die Ober der Arme und des Vaterlandes vor aller Welt vertreten habe, dankte, noch verzeihen. Das sind weniger Leute, die wissen, was sie wollen. Man muß sie bekämpfen, nicht belächeln, und man kann sie auch überwinden; der nationalliberale Drei aber spottet jeden Schlags, man muß zusehen, wie er langsam verfault.

#### Material für ein Inthausgesetz.

Der unter der Parole „Schutz des Arbeitwilligen“ geführte Kampf der Sachverständigen gegen das heute bestehende, durch die Praxis unterworfenen mehr und mehr „ausgehobene“ Konstitutionsgesetz nimmt immer größere Formen an. Diefelben Sachverständigen, die über angeblichen „Terrorismus“ der Arbeiterorganisationen nicht genug Worte der heiligen, stützlichen Enttöpfung finden können, praktizieren dabei eine Gemahltheit, die kaum noch zu überbieten ist. Mit welcher Unvorsichtigkeit die Unternehmer zu Werke gehen, sei an dem Material einiger der Vorgesetzten illustriert, die dieser Tage an das Verbandsbureau des Fabrikarbeitersverbandes der Zahlreiche Arbeiterhäuser in H. gerichtet wurden. Bemerkenswert ist, daß es sich um Arbeiter der in genanntem Stadtecken befindlichen Hüttenwerke Schmelzwerk und Gummiwerke handelt, die für nur vier Jahreszahl, gewissermaßen als Betriebsangehörige, ein gelder Wertes in Anspruch nehmen. Doch der Verein auch Mitglieder besteht, die sich selbstständig machen wollen, sie nicht treuhaft kommen, so werden die Arbeiter zu Mitgliedern erklärt. Einer dieser jüngsten Selbstständig ist ein Werkmeister, dem er bisher angehört.

Wetter Kollegal: Welche meinen Schritt, aber es gibt kein anderer Ausweg, man drohte mit sofortiger Entlassung, wenn ich nicht beichte.

Ein anderer schreibt: Wetter Kollegal: Unter Androhung der Arbeitsentzue wurde ich zur Unterschrift des selben Werdesreins gezwungen. Ein anderer Brief lautet:

Wetter Kollegal: Nicht genug, daß die Konstitutionsänderer mit meine gebührende Rechte in der freien Gewerkschaft rauben, sie trauen ihrem Vandalen der gelben Gründung D. H. nicht, sie wollen weiter eine schriftliche Erklärung haben. Der Tag für Tag wurde ich gezwungen, einen nach dem anderen wurde ich auf die Brant getrieben, da sagte ich mit dem Kopf: Da dann (sahre) bin, da Schindl der Geist, besage dich in H. . . . . Es wird auch wieder geäußert werden.

Wichtig ist auch noch eine Anzahl anderer Briefe. Da man die „schlechte“ Behörde der Welt endlich einmal gestrichelt, mit einem unentbehrlichen Fall gewöhnlichen Terrorismus und Erpressung gerichtlich festzustellen? Dem Reichsverband empfehlen wir aber die Briefe für seine Terrorismus-Sammelmappe — gegen die Sozialdemokratie.

#### Brutale Wahlrechtsträuber.

Ein neuer Wahlrechtsumsturz in Neuch j. L. Nachdem die Landtagswahlen nach dem veränderten Wahlrecht die Veränderung der Sozialdemokraten prompt ergeben haben, geht man nun auch dem Gemeindevahlrecht am den Kragen. Den neuwählten Abgeordneten ist eine Regierungsangelegenheit, die am Stelle des gleichen Wahlrechts für alle Bürger das Stimmrechtswahlrecht zum Landtage auch auf die Gemeindevahlrecht ausdehnen will. Den Gemeinden soll es freigestellt werden, das Wahlrechtswahlrecht einzuführen, und wenn es die örtlichen Bezirke erfordern, auch des Bezirkswahlrecht. Nach dem Ergebnis der Landtagswahlen zu urteilen, würde es auch beim Verhältniswahlrecht kaum möglich sein, mehr als ein Drittel der Stimm zu erzielen. Die Begründung des Entwurfes gibt unüberhöhen zu, daß die Wahlrechtverschlechterung den Zweck habe, die sozialdemokratischen Wähler in einer Anzahl Gemeinden zu beseitigen.

#### Des Geldes Lage.

Ausgerechnet die Finanzen der Reichsregierung, zu der die kapitalistischen und industriellen Unternehmen gehören, immer darüber, daß die Arbeiter nicht zu dem einmaligen Wechsel herausgeraten werden. Weiter weitet die Vertreterin der schweren Geldbesitzer darüber, daß die Steuern von einem Reichstag bestanden werden, mit dem eigentlichen Landtagern (den Gewerkschaften) keine Fühlung unterhalte. — Ein neues Stück! Das gerade die Firma Krupp durch den Militarismus riesengewinne schließt, die das Volk aufbringen muß, daß Krupp vom tiefen Wasserlande höhere Preise nimmt als von „Feinden des deutschen Reichs“, die er ebenfalls mit Vorkerkungen ausweist, ist wachsam. Und gerade noch in den letzten Jahren konnte die Konventionen — trotz kleiner und großer Trümpfer für Verrenten und Kapitalisten — der Reingewinn gegen das Vorjahr um fast 10 Millionen Mark erhöhen und 2 Prozent Dividende mehr an Frau Veris Krupp abführen. Auch die anderen gewerkschaftlichen Unternehmen schämen im Gewinnüberdies. Das beweist die nachstehende Aufstellung, über die in den letzten zwei Jahren ausgeschüttete Dividenden. Es verteilen nämlich:

Gruppe	Offen	Letztes Jahr	Letztes Jahr
Dividende in Prozenten.			
Krupp	12	24	12
Preuss. Bergbau	16 1/2	14	14
Mechanisches Schloßwerk	5	8	5
Bergwerk König Wilhelm R.	20	28	20
Chemische Kreditanstalt	8 1/2	8 1/2	8 1/2
Chemische Industrie	10	10	10

Bei solchen Geldverhältnissen, die von Unternehmen im Handelskammerbezirk Offen erzielt werden, mußt die Lage über die Schöpfung der schwachen Schultern und reichsweiteste Belastung der armen Arbeiter eigenartig an.

#### Deutsches Reich.

— Wilhelm II. hat Kol. Über eine nützliche Beschäftigung Wilhelm II. meidet das F. L. folgendes: „Der Kaiser hat vor kurzem in Hebrerinnennung mit seinen Leibärzten eine Reise zur Kur durchgemacht. Zur Fahrt von Sotschi, unterhalb der Hauptstadt von der Kur, hat er sich für Tag beurlaubt, mit einem Arbeiter, den die Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt hatte. Holz zu besorgen und mit der Art zu arbeiten. Während des Vormittags wurden die Arbeiter Vorkerkungen fertiggestellt, die der Kaiser dann selbst aufschrieb. Der Arbeiter erhielt zur Belohnung das fertige Holz. Bei diesen Worten trat der Kaiser gewöhnlich die Holzquadant auf.“

— Anfrage im Reichstagen. Die Reichstagsfraktion, Volkspartei des Abgeordnetenhauses hat nachstehende Anfrage eingereicht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, in Ausführung des Art. 61 der preussischen Verfassung einen die Verantwortung der Minister zu erheben. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten wird der Antrag auf Einführung der gesetzlichen Bestimmungen über die Verantwortung der Minister in der Sitzung vom 1. Juli 1914 ab. Ein dritter Antrag wünschenswert, der die Verantwortung der Minister vor dem Reichstagen zu übertragen, und ein vierter die Zulassung der Volksschullehrer zu akademischen Studien.

— Produktionsverhältnisse. Im Reichsamt des Innern ist mit den Erhebungen über die Verhältnisse in der Metallindustrie, der Montierindustrie und der Bauindustrie begonnen worden. Die Erhebungen sollen sich dann solche angeschlossen über die Glas- und Zementindustrie.

#### Frankreich.

Die Kosten des Dreijährigen. Nach der Prüfung durch den Kriegsminister ergeben sich als vermehrte Ausgaben für die Durchführung des Dreijährigen Gesetzes und der Verbesserung der Bewaffnung an Ausgaben 650 Millionen Franc, wovon für den Bau von Kanonen, 1400 Millionen für die Verbesserung der Bewaffnung. Das übrige Programm von 1200 Millionen soll in sieben Jahren durchgeführt werden, von den 500 Millionen durch besondere Hoffquellen, der Rest im Wege des normalen Budgets gedeckt werden soll.

#### Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf gegen die Anhebung der Preise hat in ungarischen Abgeordnetenhaus begonnen. Am Montage hielt Abgeordneter Palanyi Mitglied der Unabhängigen Partei, eine achtundzwanzig Disputation, die der Parlamentsmehrheit großes Misbehagen bereitete, bei der Opposition dagegen großen Beifall fand.

#### Balkan.

Regierung und Parlament in Bulgarien. Die Regierung teilt offiziell mit: Die im Ausland verbreiteten „Gerüchte“, daß die Regierung beschließen habe, die Sobranie aufzulösen, sind verkehrt. Der Ministerpräsident hat erklärt, man habe noch nicht alle Mittel erschöpft, die gegenwärtige Kammer arbeitsfähig zu machen. Einem Wunsch der oppositionellen Gruppe entsprechend, verlas am Montage in der Sobranie der Ministerpräsident Nabolatow die Erklärung des neuen Ministers. Die einmütig juchende in der trostlichen Umstände, unter denen die gegenwärtige Regierung gebildet wurde und konstatiert, daß keine Partei für sich allein in der neuen auf Grund des Entwurfes der Proportionalwahlen gewählten Sobranie die Mehrheit habe; trotzdem weigere sich jede, an der Regierung teilzunehmen. — In der Sitzung der Sobranie war ein Antrag eingebracht worden, in dem die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts in Bulgarien gefordert wird, die eine Unterdrückung der Gewerkschaften, der Arbeiterschaft und anderer, die Regierung sei entschlossen, die Initiative zur Einlösung einer parlamentarischen

aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzten Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Schiffsdiebstähle, die Bulgarien betroffen hätten, zu unterziehen.

Die monetarischen Verhältnisse. Bei den Generalführern für die Schuphina wurden bisher 46 Anhänger der Regierung und vier oppositionelle Abgeordnete gemählt. Die Eröffnung aus zehn Wählern ist sehr groß. Die Wahlbeteiligung war überaus hoch. Die Anzahl wurde nirgends gestört.

Türkische Wählungen. Die türkische Regierung hat außerordentlich viele Kruppenbesitzer an der Kaufaktion des Reichs zusammengezogen. Im Laufe der letzten Woche sind wieder 30 000 Mann Truppen, größtenteils aus den wichtigsten Munitionsmengen nach der Grenze entsandt worden. Die Patronenfabrik in Konstantinopel hat den Auftrag erhalten, eine Million Patronen anzufertigen. Im Gouvernement Erivan werden die Kurden an der russischen Grenze des Wasser.

#### Südafrika.

Der Eisenbahnstreik. In Kapstadt ist seit der Hälfte der Arbeiter in den wichtigsten Eisenbahnstellen am 1. Juli Streik. Nachdem der Streik erklärt worden war, setzten sich die Streikenden in der Richtung auf Kapstadt in Bewegung, um auf einem großen Platz eine Kundgebung zu veranstalten. Untertags verurteilten sie, die Streikwahrheiten zu überlegen, sich mit ihnen solidarisch zu erklären. — In Durban befindet sich der Streik aus. Das Syndikat der Ingenieure hat den Ausfall erklärt. Diese Entscheidung wird die übrigen Streikenden ermutigen. Der Direktor der Eisenbahnen in Johannesburg gibt bekannt, daß die Lage „sehr zufriedenstellend“ ist.

Präsident, 12. Januar. Der volle Eisenbahnstreik wird morgen wieder aufgenommen werden. (1) Es verläuft mit, um die „Leidung und die Sicherheit des Bundes“ zu gewährleisten. Frankreich und die Schweiz-Konvention unter Kriegsrecht abgeheft werden sollen. Ferner wird bekannt, daß die jüngsten Wahlen in der Provinz erlassen werden, darunter die, daß „Dynamitfabrik“ auf der Stelle erlassen werden sollen. (1)

#### China.

Die Auflösung des Parlamentes führt der Minister Yuan-shihai mit allerhand schönen Phrasen zu verkümmern und als eine unbedingt notwendige Handlung zu erklären. In einem Entwurf erklärt der Staatsminister, die Auflösung des Parlamentes sei bedauerlich, weil es „unmöglich“ sei, eine Beschäftigung zu erreichen. Ein zweites Gesetz, welches die Verantwortlichkeit nach die das Parlament und die Wahlen betreffenden Gesetze umarbeiten. Die Wiederberufung des Parlamentes nach Abänderung dieser Gesetze wird „feierlich besprochen“. Gleichzeitig wird der Verwaltungsvertrag beauftragt, das Ergebnis seiner Erhebungen über die Organisation einer Kommission zur Abänderung der Verfassung vorzulegen.

#### Aus der Partei.

##### Schwindel mit Webers Erbschaft.

Nach Zürich wird der bürgerlichen Presse wieder einmal telegraphiert, daß die Erben Webers jetzt die Erbschaftsteuer im Betrage von 30 000 Franc bezahlt hätten und daß die Erbschaft genau eine Million betrage. Obgleich vor wenigen Tagen die sozialdemokratische Presse in der nachdrücklichsten Weise betont hat, daß im kantonen Zürich eine Erbschaftsteuer von Kindern und Ehegatten der Erblasser überhaupt nicht bezahlt, infolgedessen auch eine Erbschaft, wenn entferntere Verwandte nicht in Frage kommen, überhaupt nicht schiefgeht wird — trotzdem wird das Züricher Telegramm einmütig von der bürgerlichen Presse ohne Ausnahme der Parteizentrale abgedruckt. Einträchtig mit der Deutschen Tageszeitung bringt auch das Berliner Tageblatt diese Schwindelnachricht, ebenso die ganze Provinzpresse.

Nach den bisher mit den bürgerlichen Nachrichten über die Webersche Erbschaft gemachten Erfahrungen erhebt sich sehr ausdehnend, der Schwindel den Garau zu machen, aber wir wollen doch noch einmal in aller Form feststellen, daß er es unternimmt und erlogen ist, von einer Hinterlassenschaft von einer Million zu reden. Wir wiederholen, was früher schon des öfteren gesagt wurde, daß die Webersche Hinterlassenschaft noch lange nicht den dritten Teil der behaupteten Million beträgt.

##### Telegraphische Partei.

Am Montage ist der Genoss Richard Weyer in Leipzig, Vorsitzender der Provinzialkommission der Leipziger Parteizentrale und Geschäftsführer des Volkshaars, an den Folgen einer Operation gestorben. Die Leipziger Parteizentralen hat erleidet mit dem Tode Weyers einen schmerzlichen Verlust.

#### Gewerkschaftliches.

##### Bergwerksbesitzer als Strafrichter.

Je besser die Unternehmer organisiert sind, desto härter drückt ihre Faust auf die Arbeiter. Das bestimmen die Bergarbeiter des Ruhrreviers recht süßlich zu spüren. Ihnen hat der Zechenverband vor ein paar Jahren eine Arbeitsordnung aufgedrungen, deren Damschrauben immer fester angezogen wurden. In dieser Arbeitsordnung haben sich die Zechenbesitzer eine schier unbegrenzte Strafgewalt über die Arbeiter angeeignet. Siebzehn verschiedene Zugänge bedrohen den Knappen von dem Augenblick an, wo er zur Arbeit den Zechenbau betritt. Sehr viele bleiben darin hängen, natürlich jene am meisten, die sich der Güm der Verwaltung am wenigsten erweisen. Bei der großen Anzahl an Strafzinsen ist gar leicht eine Überbetonung zu finden, und ohne großes Bedenken wird das Urteil gesprochen und im Tempo der meistfälligen Geldmüllerei vollstreckt. Der Name des Sünder kommt aus schwarzem Brett, und die Strafkammer wird ihm am nächsten Sonntag einfach einbestellen. Da sich Ankläger, Richter und Ergreifer in einer Person vereinigen, haben Beschwerden gegen ungerechte Bestrafungen nur selten Erfolg. Auch die Klage am Bergwerksgericht ist meist nutzlos — dort gilt die Arbeitsordnung des Zechenverbandes oft mehr als die zehn Gebote.

Die Bestimmung der verhängten Strafen war im Jahre 1913 viel höher als in den Jahren vorher. Auf 133 Zechen wurde den Arbeitern vom Jahr abgelesen für Förderung unterer Kosten oder ungenügend beladener Wagen 708 248 Mark, für Zechen ohne Urlaub und andere „Strafzinsen“ 708 248 Mark, zusammen 1 416 496 Mark. Diese Mißsammlung ist außerordentlich bedauerlich. Sie kann den Bergleuten und ihren Familien zu ohne weiteres entgegen werden von derselben Gesellschaft, die den Bergarbeitern ihren Reichtum bezahmt. Dazu sind die Knappen ganz außerstande,





# Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Hiltgen.  
Täglich abends Punkt 8 Uhr.

## „Puppchen“

Gesangsposse in 3 Akten von Kurt Kraatz u. Jean Green.  
Musik von Jean Gilbert.  
Glänzende Ausstattung! 40 Personen!  
Tageskasse von 10-1½ und 4-8 Uhr. 6341

## Freidenker-Vereinigung

Halle (Saale).  
Mittwoch den 14. Januar 1914, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Goldene Kette“, Alter Markt 11:

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Tagesbrot. 2. Bericht über den Jahresabschluss. 3. Der Vorstand.

Zahlreichen Besuch erwartet.

## „Lindenhof“, Halle-Kröllwitz.

Sonntag den 18. Januar: 6332

### Grosser Maskenball.

# Passage-Theater

Lichtspielhaus  
Halle a. d. Saale :::: Leipziger Str. 88.

## Vor-Anzeige!!!

Unserem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis:

# Henny Porten

die beliebte deutsche Filmkünstlerin,  
wird sich uns vom 16. bis 19. d. Mts.  
(also während nur 4 Tagen)  
in einer neuen Glanzrolle, in der Hauptrolle der hervorragenden, dramatischen Handlung:

## Der Weg des Lebens

zeigen, um wiederum Zeugnis von ihrem grossen künstlerischen Können abzulegen.

„Reguläre Kassenpreise“.

6344 Die Direktion.

# Henny Porten

die beliebte deutsche Filmkünstlerin,  
wird sich uns vom 16. bis 19. d. Mts.  
(also während nur 4 Tagen)  
in einer neuen Glanzrolle, in der Hauptrolle der hervorragenden, dramatischen Handlung:

## Der Weg des Lebens

zeigen, um wiederum Zeugnis von ihrem grossen künstlerischen Können abzulegen.

„Reguläre Kassenpreise“.

6344 Die Direktion.

## Hals- und Lungenleidenden

Seit ich und Dankbarkeit darans unermüdet nach gegen die Anwendung des Brustportos mit, wie ich durch ein abso- luteres wie billiges und dabei doch so überaus erfolgreiches Verfahren von meinem langwierigen Leiden (sowie starkem Asthma, Husten, Auswurf, Nachtweissen, Abmagerung usw.) befreit wurde. Leop. Dick, Grosskönigsdorf 299, Rheinland.

# Die Schrecken der Fremdenlegion

Ein erster Mahnung.

Es ist wohl schon viel geschrieben von den furchtbaren Qualen und Gefahren, denen die Soldaten der berüchtigten französischen Fremdenlegion ausgesetzt sind. Einerseits Bedauerndes, andererseits durchgemacht hat, ist der Held unserer Tragödie. Doch lassen wir ihn selbst seine Erlebnisse erzählen.

In Hause meiner Eltern führte ich ein glückliches Familienleben, bis ich im Geschäft durch die Rache des Buchhalters unglücklich wurde. Ich wurde in die Fremdenlegion geschickt und wurde in die Dschungel von Kamerun geschickt. Als ich nach Frankreich zurückkehrte, wurde ich in ein Gefängnis geschickt. Ich wurde in ein Gefängnis geschickt. Ich wurde in ein Gefängnis geschickt.

## 2 Jahre litt ich an aufsprunghaften, rissigen Händen.

Ich gebrauchte Ihre Dermalin-creme und in kurzer Zeit waren meine Hände von den Rissen befreit und die Haut war glatt. Ich gebrauchte Ihre Dermalin-creme und in kurzer Zeit waren meine Hände von den Rissen befreit und die Haut war glatt.

## Zigarren, Zigaretten, Tabake

in allen Preislagen empfiehlt F. Otto Ackermann  
J. Schneider Nachf.,  
Bismarckstr. 23 (Ecke Wolfstrasse).

## Prima Fleisch- und Würstwaren

Sausisch, Rot u. Leberwurst, Speck, nur 33 Pf., Schinken, 100 Pf., Schmalz, 125 Pf., bei Abnahme von 1 Rito durch 3 Pfund 5 Pf. billiger.

Stück auswärts werden portofrei. Alle frischen Fleischwaren zu bekannt billigen Preisen empfiehlt 6392

## Robert Hummel,

Triftstrasse (Vogelgebäude).

## Militärstiefel, Militärstiefel, Militärstiefel

Achtung! in dauerhafter Qualität, verkauft zu billigen Preisen J. Sternlicht, Alter Markt 11, Tel. 1388.

## Frauen

erhalten 6. kr. Störung, Blut-Hormone, Weisheit, alle anerkannten Präparate, sanitäre Artikel, Epilaparatte billiger von der Genfer Sa.

Dr. Conrad Scheidig, Halle a. d. S., Gräfenstr. 3a, pt. 1. Frau Zahnert, Rückporto. Stadtnachverhandl. 12524

## Restaurant Gold. Spitze

6338 Mittw. 11.12. Grosses Schmalzfest. St. Gertr., Spitze 11/12.

Hauschlahten a 1.40  
Leberwurst a 1.40  
Knackwurst a 1.10

aus nur reinem Schmalzfest empfiehlt und herstellt 12962 Die Schmalzfäbrikerei von Robert Frenkel, Lampertswalde bei Dahlen (Sachsen).

## Möbel

Katalog 1913  
senden wir Ihnen auf Verlangen umsonst.

Wir verkaufen Möbel, Betten, Wäsche, Kerren- und Damengarderobe etc. auf bequeme Teilzahlung und richten die Zahlungsweise ganz nach Wunsch der Käufer ein.

## Eichmann & Co.

Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstrasse.  
Halle a. S. 3258

## Sie husten

Bairisch Malz, Eucalyptus, Menthol-Robon, Beutel 25 u. 40 Pf., Ailche-Robon Beutel 25 Pf.

## Drogerie Rädler,

Rannischstr. 2, 6347

## Ohrschützer

bester Schutz gegen die Kälte.  
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90, 6346

## Zu Maskentesten

6334 empfehle billigt: Gesichtsmasken, Nasen, Bärte, Kontext, Scherzartikel etc. Nüsse u. Anekdoten.

## Lisbeth André geg. Keil,

Wormitzerstr. 12, Ecke Wolfstr., 6337

## Amerikan-Theater,

Gr. Ulrichstr. 20, 6337

Mittwoch: Schlauchfest. C. Wilke, Triftstrasse 2, 42

## Restaurant Gold. Spitze

6338 Mittw. 11.12. Grosses Schmalzfest. St. Gertr., Spitze 11/12.

Hauschlahten a 1.40  
Leberwurst a 1.40  
Knackwurst a 1.10

aus nur reinem Schmalzfest empfiehlt und herstellt 12962 Die Schmalzfäbrikerei von Robert Frenkel, Lampertswalde bei Dahlen (Sachsen).

## Möbel

Katalog 1913  
senden wir Ihnen auf Verlangen umsonst.

Wir verkaufen Möbel, Betten, Wäsche, Kerren- und Damengarderobe etc. auf bequeme Teilzahlung und richten die Zahlungsweise ganz nach Wunsch der Käufer ein.

## Eichmann & Co.

Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstrasse.  
Halle a. S. 3258

## Sie husten

Bairisch Malz, Eucalyptus, Menthol-Robon, Beutel 25 u. 40 Pf., Ailche-Robon Beutel 25 Pf.

## Drogerie Rädler,

Rannischstr. 2, 6347

## Ohrschützer

bester Schutz gegen die Kälte.  
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90, 6346

## Zu Maskentesten

6334 empfehle billigt: Gesichtsmasken, Nasen, Bärte, Kontext, Scherzartikel etc. Nüsse u. Anekdoten.

## Lisbeth André geg. Keil,

Wormitzerstr. 12, Ecke Wolfstr., 6337

## Amerikan-Theater,

Gr. Ulrichstr. 20, 6337

Mittwoch: Schlauchfest. C. Wilke, Triftstrasse 2, 42

# Apollo-Theater.

Nur noch 3 Tage! die beiden famolen Komiker Rudolf Mälzer u. Karl Schmitz u. b. lib. groß. Variet-Program.

# Stadttheater Halle (S.)

Termin 1181.  
Direktion: Geh. Hofrat Richards.  
Mittwoch den 14. Januar 1914 nachmittags 3½ Uhr: Weihnachts-Kinder-Vorstellung aus kleinen Breiten. Zum letzten Male: **Sneewittchen** und die sieben Zwerg. Weihnachts-Ausstattungskomödie mit Gelang und Tanz in 5 Akten nach dem bekannten Märchen bearbeitet von C. U. Görner. Ruffenb. 3 Uhr. Anf. 3½ Uhr. Ende 6½ Uhr. Abends 7½ Uhr: 126. Fortf. im Abonn. 2. Wert. Novität! Novität! **Das Mädchen aus dem goldenen Westen.** Oper in 3 Akten von Gualdo Ginanni und Carlo Zucchi. Musik von Giacomo Puccini. Ruffenb. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Donnerstag den 15. Januar. 127. Fortf. im Abonn. 3. Wert. Novität! Novität! **Wie einst im Mai.** Vaudeville-Operette in 4 Akten von Rudolf Bernauer u. Hubold Schauer. Musik u. Ballett Sollo und Willy Wechsneider.

Freitag den 16. Januar. 128. Fortf. im Abonn. 4. Wert. Novität! Novität! **Die drei Mädel.** Operette in 3 Akten von Rudolf Bernauer u. Hubold Schauer. Musik u. Ballett Sollo und Willy Wechsneider.

## Herzog v. Burgund Cigaretten

UNION-UNION-UNION

## Matratzen

verkauft  
Halle'sche Genossensch.-Buchdr.

## Gummihofenträger u. Geradenhalter - Hofenträger

in vorzüglichen Ausführungen, prima Qualität, billige Preise.  
F. Hellwig, Vertriebsstr. 10, Termin 2620. (Gegr. 1831.)

## Annahmestellen für kleine Anzeigen

findet die Anzeigenhandlungen von: A. Albrecht, Lindenstr. 54; J. Schneider, Bejenersstr. 23; Jungmann, Bismarckstr. 33; C. Beblin, Torstr. 43; S. Enom, Bejenersstr. 5; B. Veitner, Mittelmarkt 9; O. Berg, Materialwarenhandlung, Triftstr. 28.

Jedes Wort nur 5 Pf., oder Seite 20 Pf.  
Fertiggedruckte Worte 10 Pf., 2 Zeilen hoch 20 Pf.  
Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.  
Abonnenten erhalten, gegen Rückgabe der Abonnements-Zahlung, 20% Rabatt. Auf Inserate mit Wiederholung Rabatt nach Vereinbarung. Zahlung bei der Aufgabe erbeten.

## Geflügel-Anzeigen.

### Volkspark.

Die geehrten Vereinen und Geschäftlichen bringen wir den neugebauten kleinen Saal in empfehlende Erinnerung.  
Zigarren, Zigaretten empfiehlt H. Veitner, Mittelmarkt 9.  
Zigarren, Zigaretten empfiehlt F. Otto Ackermann, Bejenersstr. 23.  
Zigarren, Zigaretten in allen Preislagen empfiehlt A. M. Albrecht, Lindenstr. 53.  
Sauschlahten Würst-Waren 100 Mark empfiehlt G. Gergs, Triftstr. 23.  
H. Veitner, Mittelmarkt 9.

### Krankenkassen-Anmeldungen

sind zu bestehen durch die Volks-Buchhandlung Halle (S.), Bors 42/44.  
Zigaretten-Geschäft im Norden zu verkaufen. D. H. u. V. H. 276 a. d. Ep. b. Bl. 12607

# Kleiner Anzeiger

des Volksblattes für Halle und Saalfreis.

## Raufgesuche.

Zigarren-Geflügel, mögl. i. Ort, gesucht. D. H. u. V. H. 276 a. d. Ep. b. Bl. 12607

## Kapitalien.

92 000 Mk.  
sind a. blühe, Sinstuf b. längerer Zeit, auch in kleiner Summe, auf Grundbesitz auszuliehen. Anfr. unt. A. W. 371 an Rudolf J. Hoff, Halle (S.) Rückporto erbt.

## Arbeitsmarkt.

Einen Schuhmacher-Gesellen sucht sofort. 2904 Emil Napp, Schuhmachermstr., Gröblich (Voll Bockwitz), Kreis Liebenwerda.

## Ausscheiden!

Maurer und Zimmerer können sich billigt d. Teilnahme an meinen brieflich. Unterrichts-Kursen zum richtigen Maurer-, Zimmer- oder Steinmetz-Ausbilden. Für den Unterricht genügt täglich eine Abendstunde. Unterricht kollektiv. 2909 C. Drescher, Bauführer, Goldschmieden, Post Dch. Villa.

## Günstiger Berufswechsel.

Col. 1g. Mann (ev. Ehepaar) zur Ausbildung als Buchhalter und Maschinist gesucht. Günst. Gelegenheit. Preis mäßig. Näheres durch Treubers Fachs bildung, Leipzig, Seeburgstr. 96. Rückporto. 12982

## Bermietungen.

Hirtenstrasse 3: 2 Zimmer, Kammer, Küche, 300 Mark, per 1.4. zu vermieten. 2 Zimmer, Kammer, Küche, 300 Mark, per 1.4. zu vermieten. 6324 Käster, Rannischstr. 2.

## Englischer Hof,

Großer Berlin, empfiehlt seinen kleinen Saal sowie seine kleinen Vereinszimmer zur Abhaltung von Verammlungen u. Gesellschaften aller Art. **Der Kräftiger Mittagstisch.**  
Sie stellen gut und billige im **Gasthof „Drei Ringe“**, Al. Kaiserstr. 7, Altcranon, unüblich. Verkehrslokal. 6120

## Berlaren - Gefunden.

Stunks-Boa  
verloren von Friedrichsplatz bis Ankerstr. Geg. Belohn. abzugeben. Ankerstr. 15. 12988



## Konflikt im Rathaus?

Die Stadtverordneten wollten die Ausschüsse — Einleitungs- und Bauausschüsse — für den Kleinnohnbau in städtischer Regie — Hausbesitzer gegen Magistrat; der Streit um die aufgewandten Straßenerinnungen.

Am Anfang ist schwer. Das haben auch die Bürger und Stadtväter unserer Stadt erneut erfahren müssen bei Gelegenheit ihrer gestrigen Sitzung. Am Anfang ist schwer, besonders wenn Hausbesitzerinteressen auf dem Spiele stehen und dazu die Herren Juristen das große Wort führen. So war's gestern. Obwohl die Stadtverordnetenversammlung genau dreizehnmal zusammen kam — die vertraulichen Beratungen nicht mitgerechnet — wurden von den fünfzehn Punkten der öffentlichen Tagesordnung fünf und dreizehn bei der Verhandlung gebracht, oder vielmehr gar nur zwei. Denn wer möchte behaupten, daß jenes vielbesprochene Ortsstatut betreffend die Reinigung öffentlicher Wege, das nach thörichtem Widerbruch gegen den Magistrat in anderer, als der von ihm vorgeschlagenen Form angenommen wurde, nicht wiederholt? Es sollte uns wundern, wenn der Magistrat aus den fünfzehn wichtigsten Punkten der Tagesordnung „ungehörlich“ Hausbesitzer-Widerbrüche, nicht einen Mut schöpfe. Einmal hat er sich durch ein stimmigen Beschluß abgeändert, und nur geringe Ausbesserungen auf völlige Durchsicht seiner Absichten...

Vor Eintritt in die Verhandlungen zur Tagesordnung zur Vorberichter Dr. Lemmer an den Magistrat noch einmal die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion betreffend die Fleischsteuerung und den städtischen Fleischverkauf vor. Darin wurde bekanntlich gefragt:

Wie stellt sich der Magistrat zu der Forderung, daß die Stadt Halle (Saale) noch die höchsten Fleischpreise zu verzeichnen hat?

Wie stellt sich der Magistrat zu der Forderung, die Veranschlagung der Fleischsteuerung zu vermindern, um die Fleischpreise in unserer Regie wie im vorigen Jahre zur Ausführung zu bringen?

Bürgermeister von Holtz erklärte namens des Magistrats, daß er die Interpellation in der Sitzung am nächsten Montag beantwortet würde. Nachdem ich ja bekannt geworden, daß der Magistrat am kommenden Donnerstag erst den Terminauskunft über die sozialdemokratischen Anregungen verhandeln lassen will. Dann ging es an die Tagesordnung:

### Wahl der Mitglieder zu den Kuratorien, Deputationen und Ausschüssen

in Vorwund, obwohl man sich darauf „schränkte, ausgeschiedene Mitglieder zu wählen. Herr Fehrig trat als Sprecher des Wahlausschusses auf. Es ist unmöglich und auch überflüssig, die Namen aller Neuwahligen zu nennen. Wichtig ist es, festzustellen, daß der Wahlausschuß gegenüber der sozialdemokratischen Fraktion des Kollegiums wenig liberal verfahren ist. Unsere Genossen hatten in ihrem Verlangen auf Verberichtigung weiterer Ausschüsse eine staunenswerte Begeisterung an den Tag gelegt. Auf die Mitwirkung ihrer Mitglieder in einer ganzen Reihe von Deputationen und Ausschüssen hatten sie von vornherein verzichtet; so z. B. der Schuldeputation, Armeninspektion, Gesundheitskommission usw. Trotzdem haben der Rücksicht und die Weisheit der Verammlung nicht einmal den belächelten Forderungen entsprochen. Im Wiederholungsstadium wurde ein Sitz beiderseitig unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache, daß das Stadtheater sich in einem solchen schwierigen Verhältnisse befindet durch die Geschäftslage des bisherigen Bürgeramts und der Konkurrenz der Kunst, und daß es vielleicht möglich wäre, diesen Schwierigkeiten in etwas entgegenzukommen durch die stärkere Entlastung der breiten Massen an den Darbietungen unserer städtischen Bühne. In dieser Richtung hätte ein Vertreter der gewöhnlichen Bürgerschaft sich nicht erheben können. Trotzdem möchte man auf zwei feineren Wege in die Theaterdeputation die bürgerlichen Stadtväter. Fallmeyer und Süßemann und lehnte von dem Gen. Emmer ein begünstigter Vorschlag auf Wahl des Gen. Hennig ab. Nur zwei oder drei Bürgerliche stimmten mit unserer Fraktion. Auch im Rechts- und Verwaltungsausschuß verweigerte man den verlangten Sitz, ebenso im Rechnungs-Revisions-Ausschuß. Gewählt wurde Gen. Gröbel in die Städtische Deputation und den Revisionsausschuß; in den Katastralschuß, der jetzt nach der Aufhebung des Finanzsausschusses ein noch größere Bedeutung hat, kam Gen. Hennig. Dem neugewählten Sozialen Ausschuß, der freien Mitglieder fast keine, gehört auch Gen. Emmer an. Eine wirkliche Abstimmung fand nur einmal statt, und zwar bei der Wahl der Straßenausschüsse. Der Wahlausschuß schien neben anderen Herren den Stadtv. Brehm er vor. Das war aber nicht nach dem Wunsche der in der Großstadt stehenden städtischen Herrschaften. Sie ließen durch Herrn Kober an Stelle Brehms Herrn Hoffmann in Vorwund bringen, der denn auch mit 27 gegen 25 Stimmen gewählt wurde. Herr Hoffmann ist Generaldirektor der Niedersächsischen Montanwerke, Herr Kober Aufsichtsratsmitglied dieser im Kohlenbergbau und der Erzeugung elektrischer Energie tätigen Firma. Sollten diese Tatsachen nicht zu denken geben?

### Tann stand zur Debatte der sozialdemokratische Initiativantrag über den Bau von Kleinnohnungen:

Die Stadtverordneten-Versammlung wollte beschließen: Den Magistrat zu ersuchen, den Bau von Kleinnohnungen in Material zu dieser beabsichtigten Frage zugehen zu lassen. Dem erwidert die Verammlung den Magistrat, ihr scheinbar eine Vorlage zum Bau von Kleinnohnungen für Arbeiter zugehen zu lassen.

Genosse Emmer beendete ihn in längeren Ausführungen. Er stellte fest, daß die Stadtverordneten die Wichtigkeit des Baues von Kleinnohnungen schon vor einigen Jahren anerkannt hätten durch Einbringung eines besonderen Ausschusses. Dieser habe bisher außer der Unstimmigkeiten keine einzige Sitzung abgehalten. Zur Unterstützung des mit einer bedeutungsvollen Aufgabe betrauten Ausschusses habe freilich auch der Magistrat mit beigetragen, indem er ihm keinerlei Material habe zugehen lassen. Darum würde im ersten Abschnitte des Antrages erucht, um die Wichtigkeit des im zweiten Abschnitte angelegten Baues von Kleinnohnungen durch die Stadt oder mit städtischer Unterstützung zu begünstigen, bedürfe es eigentlich keiner Worte mehr. Der geradezu gemeingefährliche Mangel an guten preiswerten Kleinnohnungen in Halle sei durch die Verichte der Wohnungsinspektion und des Statistischen Amtes erwiesen. Am 1. November

standen knapp Prozent Kleinnohnungen leer. Nichts ist gechehen, wodurch das Wohnungselend hätte gemildert werden können. Ein für den Bau von Kleinnohnungen gegründete Gesellschaft habe ihren Plan nicht ausführen können wegen der harten städtischen Bedingungen über Baugrundverhältnisse, und die Baunternehmer errichteten Häuser mit Kleinnohnungen überhaupt nicht mehr, weil es ihnen besonders schwer falle, für solche Objekte Hypotheken zu bekommen. Die angelegte Förderung des Hypothekensystems ist in der eingeleiteten Kommission auch nicht gelungen; sie hat nicht einmal über ihre Tätigkeit Bericht erstattet (Brau: Adm! Adm!) Durch den Abbruch des Trödel-Betriebs sei die Zahl der Kleinnohnungen um ein beträchtliches herabgemindert worden, und wenn man nicht annehmen wolle, daß es Aufgabe einer Stadt sein müßte, sich zu entschließen, dann müßte es rasch und mit nennenswerten Mitteln an die Lösung der brennenden Frage herangetreten werden.

Die Stadt könne selbst bauen und neuer gemeinnütziger Baugesellschaften mit billigen zweiten Hypotheken verlegen. Die Preise der Wohnungen seien festgestellt, für drei Räume müßten heute bis zu 250 Mk. Miete gezahlt werden. So viel könne eine Arbeiterfamilie mit 1000 oder 1200 Mk. Einkommen nicht für die Wohnung ausgeben bei der heutigen Teuerung der Lebensmittel, und die Folge davon wäre, daß sich viele Arbeiter mit schlechten und unzulänglichen Wohnungen bescheiden müßten zu ihrem und ihrer Familie Schaden. Wie groß das Wohnungselend in Halle sei, könne man auf Seite 309 des Verwaltungsberichts für 1912 nachlesen. Es wurde festgestellt, daß schließlich in einem Hause 11 Personen in 5 Betten, einmal 11 Personen in 4 Betten, fünfmal 9 Personen in 4 Betten, einmal 8 Personen in 3 Betten, achtschmal 5 Personen in 2 Betten, viermal 6 Personen in 2 Betten. Und so weiter! Diese Zustände zwingen uns, etwas zu tun in aller nächster Zeit. Vor allem folgt die Stadt selbst Wohnungen bauen für ihre Arbeiter.

Vor acht Tagen habe ich über 5000 Mk. bewilligt für ein Experiment auf einem Gebiet, das die Stadt hier nicht besitzt. Der Bau von Kleinnohnungen ist kein Experiment, sondern es ist, daß die Seuchengefahr wächst mit der Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse, bedeuere der Hausbesitzerkreis auch, daß der Kleinnohnbau durch die Stadt die Interessen einer Mitglieder hat nicht erfüllt und stimmen Sie deshalb unseren Einträgen zu. Das gleiche hoffen wir vom Magistrat.

Bürgermeister v. Holtz meinte, der Magistrat, an den sich der erste Abschnitt des Antrages richte, habe nicht verfaßt in der Kleinnohnungsfrage. Im Gegenteil: er sei rätig gewesen, habe durch die Wohnungskommission eine rege Tätigkeit entwickelt, um die Schäden festzustellen und zu beseitigen. Der Magistrat werde sich in fünfzig Briefen schlüssig werden, was weiter gehen solle. Er könne heute noch keine Mitteilungen machen, aber schon sagen, daß das bisherige Prinzip fortgesetzt werden sollte: Förderung des Kleinnohnungsbau durch Unternehmer und Genossenschaften, denen ich ein Kapital von mehreren hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt wurden. In sechs Wochen, denke er, sei der Plan des Magistrats durchgeführt.

Stadt v. Holtz: Der erste Teil des angedeuteten Frage für die wichtigste soziale Angelegenheit, wozu aber vor Überwindung der Schwierigkeiten. Wenn die Stadt für ihre 300 Arbeiter Wohnungen errichten wolle, müßte sie mindestens 200 Häuser zu je 25000 Mk. Kosten bauen. Dazu wäre ein Kapital von 5 Mill. Mk. erforderlich; bei vierprozentiger Verzinsung würden die Wohnungen also kaum unter 250 Mk. abgegeben werden.

Stadt v. Holtz: Deshalb hat Herr Emmer nicht den Zusammentritt des Ausschusses verlangt?

Stadt v. Holtz: Der Ausschuß hat nichts gemacht. Das ist es um so bedauerlicher, als die Wohnungstange wichtig ist, und auch in Herrn Emmers Ausführungen sehr viel Berechtigtes und der Prüfung Wertes war. Nach Lage der Sache dürfte sich aber doch empfehlen, die Debatte abzubrechen und sie nach dem Einsinne der in Aussicht gestellten Magistratsvorlage wieder aufzunehmen.

Die Redezeit war ohnehin erloscht. Bei der folgenden Abstimmung wird der erste Abschnitt des sozialdemokratischen Antrages mit 32 Stimmen angenommen, der zweite, wichtigere aber gegen die fünf sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Das ist zwar bedauerlich, aber nicht zu ändern. Die folgende Vermittlung von Mitteln war ja in dem Antrage unserer Vertreter überhaupt nicht verlangt, sondern nur die einheitliche Prüfung und Förderung des Kleinnohnungsbau als Kompromißgehalt, aber wenigstens sichergestellt werden. Und das ist auch schon ein Erfolg, wenn man bedenkt, wie groß der Einspruch der Hausbesitzer im höchsten Stadtverordneten-Kollegium ist, jener Gruppe von Bürgern, von der ein nicht allzuferner Teil die gesunde Idee des Wohnungsbau durch die Kommune und dem Wohnungselend, den städtischen Kellerkellern und Dachkammern, Profit zieht!

Am dritten Stelle der Tagesordnung stand diesmal das Ortsstatut über die Reinigung öffentlicher Wege.

dessen Beratung wohl fast ein halbes Dutzend mal verlagert worden, aufwändigste selbst noch in jener Stunde, da Schneesfall und Frost eingetreten waren und diejenigen Mitglieder herbeigeführt hatten, die zu beizugehen der Magistrat mit dem neuen Ortsstatut in der Zukunft beabsichtigt. Der Schlüssel zu diesem Geheimnis befand der Uneingeweihte in der gestrigen Debatte, die mit einer Leidenschaft geführt wurde, als ob es sich um die heiligsten Güter der Nation handelte. Und es war doch nur Hausbesitzerinteressen, um die man tritt, von denen man allerdings sagen muß, daß sie zum Teil berechtigt sind.

Nach in Halle ist es, wie in anderen deutschen Städten, wiederholt zu gerichtlichen Streitverfahren darüber gekommen, wer zur Straßenerinnungen verpflichtet ist. Bei Grundbesitz einer alten, wohnfähigen Alter von 20 Jahren hat, und einer fast zweihundertjährigen Rechtsprechung entweichend diesem mittelalterlichen Geiz hat das Reichsgericht die Grundbesitzigentümer zur Straßenerinnung für verpflichtet erklärt. Das preussische Kammergericht dagegen hat, obwohl Preußen ja auch im Reich liegt, sie als nicht verpflichtet bezeichnet. Durch Einbringung der städtischen Straßenerinnungskontroll ist der Streit im wesentlichen auf außergewöhnliche Meinungen der Bürgerseite, insbesondere bei Schneesfall und Winterkälte, beschränkt worden. Mehrfache Verurtheile zur Einbringung eines Ortsstatuts über die Straßenerinnungspflicht sind bei der schwachen Rechtsunterlage gelehrt. Nachdem aber mit dem 1. Juli 1912 das preussische Bürgerengesetz in Kraft getreten, sieht es dem Magistrat angezeigt, zur Schaffung ungeschätzbarer

lokaler Rechtsverhältnisse ein Ortsstatut zu errichten. „Ein halbes Jahr mühsamer, gewissenhafter Arbeit habe ich“ — so meinte Herr Professor Wurm bei der Begründung der Magistratsvorlage in einem kausalen Flugschrift, womit er auffälligerweise nur Reichsrecht erzielt — ein halbes Jahr habe ich an dem Statut gearbeitet, und das habe ich so lauten Widerpruch. Schon der Rechts- und Verwaltungsausschuß, für den Herr Fehrig berietete, hatte Einschränkungen beschlossen und wohl ein Dutzend Neben liefern geteilt in gleicher Richtung im Plenum vom Stapel.

Der Kampf ging im wesentlichen um den § 2, durch den die Eigentümer von Grundstücken an Straßen und Wegen innerhalb der geschlossenen Ortsteile zur Reinigung des Bürgersteiges oder Fußweges, ausschließlich der Reize und Fahrwege verpflichtet werden bei Schneesfall und Winterkälte, Verunreinigungen außergewöhnlicher Art, durch Schmutz, Exkreten und eitererregende Stoffe (Kot), sowie beim Auf- und Abfahren von Gegenständen. Außerdem verlangte man, daß die Reinigungspflicht der Eigentümer auf die Anwesenheit beschränkt wurde. Andernfalls sei zu befürchten, daß bei Winter eines kalten Tages, wenn Hundes Exkrete auf alle oder Schmutz entdekt würde, die Hausbesitzer nachlässiger aus den Betten hole, um sie zur Erfüllung der Pflichten des Ortsstatuts anzuhalten. Wer dann dieser Aufforderung nicht nachkomme, habe ein Strafmandat zu gewärtigen.

Das lag Herr v. Holtz an. Er scheint eine recht falsche Meinung von unserer Sicherheitsbehörde zu haben. Herr Kober beantragte Festsetzung der Frist zur außergewöhnlichen Reinigung auf 7 morgens bis 8 Uhr abends und Erreichung des zweiten Absatzes im § 2, also Verneinung der Verpflichtung zur Reinigung von außergewöhnlichem Schmutz. Noch mancherlei Einschränkungen wurden verlangt, aber von den Vertretern schließlich wieder zurückgelassen, als die Juristen aus der Verammlung erklärt hatten, daß sie den gesetzlichen Bestimmungen zurechtfinden würden. Das war natürlich von neuem ebenso große Heiterkeit, als bei Herrn Stadtrat v. Holtz's Anrede eines Antrages, alle Verunreinigungen durch die Straßenerinnung zu beseitigen zu lassen, die mit den Bienen schlägt. Die Stadt kann doch nicht hinter jeder Hund einen Mann von der Straßenerinnung herbeiführen!

Bürgermeister von Holtz betonte schließlich, von der Aufsetzung neuer Seiten auf die Hausbesitzer sei nicht die Rede. Im Gegenteil, sie bemüht sich, einen alten Satz los zu werden. Sie liegen sich von dem Grundbesitz; wenn die Stadt ihn nicht bezieht, mag der Dreck liegen bleiben! „Als nun gar der alte Herr mit dem Reichsgericht drohte, stellte der Vorleser fest, bevor brauche sich die Stadtverordneten-Versammlung nicht zu fürchten.“

Als ein Redner beantragte hatte, zur Entlastung von Straßen, die beim Abfahren und Auffahren von Gegenständen verunreinigt werden, die Geschäftsführer zu verpflichten, widerrechtlich Genosse Emmer dem Verlangen entschieden. Es wies darauf hin, daß diese Leute gerade genug erweist werden durch die Straßenpolizei-Verordnung und sie könnten doch umschließen Strafe zahlen für Grabschäfte, die durch Naturkräfte verursacht werden, wie z. B. das Beweisen von Straß- beim Ausladen zerbrechlicher Sachen. Emmer warnte sich ebenfalls gegen die beantragten Teile des § 2, betonte aber ausdrücklich, daß eine Herabsetzung der Reinigungsfrist getroffen werden müßte. Aber das Ortsstatut war klar, und nicht so unklar, wie das vorlesende — diese Einsicht hat schon dadurch bemerkt, daß sich nicht einmal die Juristen darin zurechtfinden! (Große Heiterkeit.)

Um 8 Uhr kam man endlich zur Verabschiedung. Mit sehr großer Majorität wurde die zehnjährige Einmündung von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und die örtliche Reinigungsfrist bei Schneesfall und Eis auf zwei Meter beschränkt. Die Reinigungsfrist der Hausbesitzer bei ungewöhnlicher Verunreinigung wird dagegen mit großer Mehrheit abgelehnt. Wie wird sich der Magistrat mit dem geänderten Statut abfinden? Wird er gegen die Hausbesitzer in den Streit ziehen?

## Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 13. Januar 1914.

### Agitiert zur Protestversammlung!

Die Einberufer der am Dienstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Ballsaal stattfindenden Demonstrationssammlung für Ausschaltung und gegen Verdrängung des Wahlrechtes haben ein Flugblatt herausgegeben, das heute an die Gemeindeführer zur Verteilung kommt. Diese werden gebeten, die Flugblätter am Sonntag und Sonntag an sämtliche Mitglieder auszubringen.

Genossin! Fordert die Keine Arbeit gewissenhaft, damit die Versammlung am Dienstag eine wichtige wird. Parteivorstand und Gemeindeführer.

### Doch eine neue Bau-Strafungsstrafenliste?

Trotz des einmütigen Widerpruchs des Gesellschaftsausschusses der Bau-Strafungs- und des Vorstandes der Allgemeinen Arbeitervereine soll — was man nicht für möglich gehalten hätte — die von der Bau-Strafungs geplante Strafenstrafenliste genehmigt werden. Sie ist zwar noch nicht endgültig genehmigt, aber die Annahme, die die Wahlen nicht fruchtig genug und vor allem im Winter vornehmen möchte, hat beim Oberverwaltungsamt in Westfalen angefragt, ob die Normative der Wahlen der Wahlberechtigten jetzt schon verhandelt sei. Das ist bejaht worden. So können nun die Wahlen jetzt vor sich gehen unter Aufsicht der Wahlleiter. Denn die wenigen Bewerber, die jetzt in Arbeit stehen und nur als Wähler in Frage kommen, sind die Wähler und sonstige Mitglieder der Innereien. Man kann sich da jetzt schon ein Bild machen, was für ein Aufschuß da zu erwarten ist.

Die Annahme hat auch schon, ohne mit dem Gesellschaftsausschuß darüber zu beraten, die Wahl auf den 14. Februar 1914 festgelegt. Es sind fünf Vertreter und zehn Ersatzmänner von den Arbeitgebern und 10 Vertreter und 20 Ersatzmänner von den Arbeitnehmern zu wählen. Der Innereinstand hat selbst einen Ballvorschuß aufgestellt, der zur Einsicht ausliegt. Die Zulassung dieses Verfahrens kann man nicht nachprüfen, da eben die Lösung der Sache selbst als ein Geheimnis gehalten wird. Es ist höchstwahrscheinlich auch zuzufügen, daß noch andere Wahlvorschlüsse bis 30. Januar eingereicht sind. Das













